

LAG-1-53

Antragsteller*innen: LAG Hochschulpolitik u.a.

Gegenstand: LAG-1 Landesarbeitsgemeinschaften stärken (Programmarbeit weiter entwickeln – LAGen stärken)

ÄNDERUNGSANTRAG LAG-1-53

- 1 Ersetze: "Wahlberechtigt sind LAG-Mitglieder, die auch Parteimitglieder sind." durch "Alle
- 2 LAG-Mitglieder sind Wahl- und Stimmberechtigt. "

Begründung

Allen Menschen, die den GRÜNEN nahestehen, soll die vollständige Mitarbeit in den LAGen ermöglicht werden, wenn sie durch die jeweilige LAG aufgenommen wurden. Wir wollen unsere LAG-Mitglieder nicht in Mitglieder erster und zweiter Klasse, mit und ohne Wahlrecht, aufteilen.

Gerade jetzt, wo viele Menschen ihre Nähe zu den GRÜNEN entdecken, sollten wir uns nicht plötzlich verschließen. Wir sollten sie, wie auch vorher bereits, mitnehmen und die Teilnahme ermöglichen, Ihnen in den LAGen die gleichen Rechte geben, wie Parteimitgliedern und so eine Bindung aufbauen. Es gibt keinen Grund sich an die Parteimitgliedschaft zu klammern, da LAGen eh keine bindenden Entscheidungen treffen, aber es gibt viele gute Gründe die LAGen offen zu lassen. Vor allem aber ist es ein GRÜNER Wert, den es zu verteidigen gilt. Der Wert Teilnahme und Beteiligung zu ermöglichen, ja sogar zu fördern und fordern. Gesellschaftliche Interessensgruppen einzubeziehen und eine GRÜNE Bindung aufzubauen. GRÜN-nahen Gruppen eine Stimme zu geben und Gehör zu verschaffen. Wo sollte ein besserer Ort für diese wichtige inhaltliche Arbeit und Vernetzung sein, wenn nicht in unseren Arbeitsgruppen und kommunalen Arbeitskreisen. Wir können nur von der Offenheit der Arbeitsgruppen profitieren, haben aber nichts zu verlieren.

Sollten wir uns auf die Parteimitgliedschaft festlegen, würden wir auch vielen Mitgliedern der GJ und der grün-nahen Hochschulgruppen campus:grün die Wahlberechtigung entziehen. Gerade Letztere bilden einen großen Anteil in der LAG Hochschule, da diese LAG ein

Nischenthema belegt. Unsere Arbeit würde damit massiv eingeschränkt werden und das wäre für das Bundesland mit den meisten Studierenden ein schlechtes Signal.

Antragsteller*innen

LAG Hochschulpolitik, Grüne Jugend NRW, Matthi Bolte-Richter (KV Bielefeld), Luisa Schwab (KV Köln), Eva Malecha-Konietz (KV Krefeld), Heraldo Hettich (KV Bonn), Robert Schallehn (KV Köln), Marcus Lamprecht (KV Viersen), Richard Konietz (KV Krefeld), Barbara Behr (KV Krefeld), Annelie Wulff (KV Krefeld), Heike Kruse-Chittka (KV Krefeld), Jörg Thiele (KV Krefeld), Nabaha Ghanem (KV Soest), Daniel Laps (KV Düsseldorf), Dorothea Kolossa (KV Bochum), Marco Petrikat (KV Köln)